

Hauptabteilung Politik und Beratung
Berlin, Juni 2013



 PARTEIENMONITOR AKTUELL

Wahlprogramm der Linken zur Bundestagswahl 2013

Bundesparteitag

Dresden, 14. bis 16. Juni 2013

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Leiter Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030-26996 3506
viola.neu@kas.de

Dr. Michael Borchard
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
030-26996-3550
michael.borchard@kas.de

Wesentliche¹ Inhalte: „Seid bereit, immer bereit“²

Ein klares und sichtbares Ergebnis des Parteitages kann man festhalten: Die Linke hat sich zumindest in der strategischen – nicht der inhaltlichen - Koalitionsfrage „Beinfreiheit“ verschafft. In mehreren Äußerungen machen Repräsentanten³ ungewöhnlich deutlich, dass sie sich gerne an einer Koalition mit der SPD und den Grünen beteiligen würden, wenn sie denn auch gefragt würden. Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger sprach davon, dass die Politik (von Rot-Grün) nur mit der Linken umsetzbar sei. Auch wenn er an anderer Stelle die Messlatte wieder ein bisschen erhöht: Die Signale zugunsten einer Koalitionsbindung sind eindeutig. Die Parteivorsitzende Kipping hat sich (in ihrer Rede) nicht explizit zu Koalitionen geäußert. Doch hat sie in Interviews eine gewisse Offenheit erkennen lassen.

Gregor Gysi (der gegen eine Tolerierung einer Minderheitsregierung ist), ließ keine Zweifel aufkommen, dass die Linke Politik in der Regierung gestalten möchte. Er strebe an, aus gesellschaftlichen Mehrheiten (von denen er voraussetzt, dass die Linke diese habe) politische Mehrheiten im Bundestag zu machen („Veränderungen gibt es nur mit der Linken [...] wir müssen uns auf die nächste Etappe begeben“). Er verwies darauf, dass die Linke nicht nur die sozialen Ideen habe, sondern bereit sei, diese umzusetzen. „Je stärker DIE LINKE desto wahrscheinlicher werden aus gesellschaftlichen Mehrheiten endlich auch politische Mehrheiten und werden auch weitere Forderungen durchgesetzt.“

Während die Grünen auf dem Parteitag weitgehend ungeschoren davon kommen, gibt es eine gewisse Klumpung von Kritik an der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten. Natürlich wird auch gelegentlich auf die Union Bezug genommen, doch ist die Gefühlswelt der Linken offensichtlich immer noch von der 20er Jahre Parole „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten“⁴ geprägt. Kipping hat massiv kritisiert, dass die Sozialdemokraten im Rahmen ihrer 150-Jahr-Feier für sich in Anspruch genommen hätten, als einzige Partei gegen die Ermächtigungsgesetze gestimmt zu haben und zu verschweigen, dass die Kommunisten zu diesem Zeitpunkt bereits in den Konzentrationslagern gesessen hätten. Auch hier hätte man zumindest eine kurze nachdenkliche Passage über die Rolle der KPD in den 20er Jahren (permanenter Kampf gegen die Weimarer Republik) erwarten können⁵. Die SPD wird vor allem aufgrund ihrer Agendapolitik kritisiert. Den Grünen wird der nachlassende „Pazifismus“ vorgeworfen. Gysi hat ein breites Sündenregister von Rot-

¹ Fehler in den Zitaten sind aus den Originalen übernommen, Stand 16.6.2013.

² So der Fahnenappell der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

³ „ZEHN PROZENT, NOTFALLS NEUN; AUF JEDEN FALL ROT-ROT-GRÜN“, junge Welt, 15./16./17./ Juni 2013. Darin fasst die junge Welt einige Interviews über die politische Strategie zusammen.

⁴ So auch eine Überschrift im Neuen Deutschland zum 150. Geburtstag der SPD. Die These bezieht sich auf die „Novemberrevolution“, deren Vollendung im Sinne der Kommunisten von den Sozialdemokraten verhindert wurde.

Grün in seine Rede eingebaut (jeweils mit dem Auftakt: „Ich frage SPD und Grüne, wann wollt ihr endlich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gesellschaft...“).

Schon immer war die Linke, wie auch früher die PDS, in der Lage, in Wahljahren Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu demonstrieren. So wurde das Wahlprogramm fast einstimmig angenommen. Auch wenn das nur die Qualität eines Burgfriedens haben sollte, hat die Partei sich im Großen und Ganzen geschlossen gezeigt. Die Gruppierungen, die auf dem Parteitag für noch mehr soziale Wohltaten eintraten, konnten sich nicht durchsetzen.

Vermutlich hat Gysis Rede auf dem Göttinger Parteitag 2012 ihren Teil zu der innerparteilichen Konsolidierung beigetragen. Nicht umsonst kommentiert Gysi seine eigene Rede mit dem Hinweis auf die Befriedung: „Wir hatten einen Gewitter-Parteitag in Göttingen. Ich habe ja auch eine Gewitterrede gehalten. Diejenigen, die sich das heute von mir wünschen, muss ich enttäuschen. Das liegt daran, dass wir seitdem eine gute Entwicklung genommen haben.“

Die Linke bleibt sich bei diesem Wahlprogramm weitgehend treu. Ihr Hauptthema ist und bleibt die gesellschaftliche Nivellierung, die sie durch „Umverteilung“ in der Realität umsetzen möchte. Weitgehende steuerliche Eingriffe in die Vermögensstruktur der Bürger schweben ihr vor, die Enteignungen gleichkommen. Aber auch auf die Unternehmen würden erhebliche Lasten zukommen, zum Teil in Form von Substanzbesteuerungen. Verfassungsrechtliche Bedenken sind angebracht. Bei allen anvisierten Veränderungen gelten zwei Grundsätze der Umverteilung: von oben nach unten von privat zum Staat.

Die Linke plant „Reiche und Reichtum [...] couragiert“ zu besteuern. Auch wenn sprachlich überwiegend der Dualismus reich-arm verwendet wird, wird auch immer wieder von den „Wohlhabenden“ gesprochen. Zudem heißt es in dem Programm: „Für uns sind diese Maßnahmen nur der Anfang“.

Mit den Begriffen „Demokratisierung“, in die „Hände der Bevölkerung“ geben oder in den „Dienst der Gesellschaft“ stellen, umschreibt die Linke nach wie vor die ursozialistische Idee, einer weitgehend staatlichen Kontrolle der Wirtschaft und am Ende der Gesellschaft. Die Linke lässt keinen Bereich aus: z. B. Energie ⁶, Banken ⁷, Finanzmärkte,

⁵ Gysi kommentierte ebenfalls die 150-Jahr-Feier der SPD, vgl. unten.

⁶ „Die Linke streitet für eine Energiedemokratie [...] Strom- und Wärmenetze gehören in öffentliche Hand“.

⁷ „Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen, Landesbanken wollen wir verkleinern und ebenfalls demokratisch kontrollieren und verwalten.“

Arbeitsverhältnisse, Wohnen, Gesundheit, Wissenschaft, Medien⁸ - alles soll kontrolliert werden.

Das Wahlprogramm der Linken ist – ebenso wie bereits das 2011 beschlossene Grundsatzprogramm – eine recht widersprüchliche Sammlung von Forderungen. Unterschiedliche Flügel der Partei haben ihre Ideen unterbringen können, doch bleibt der Leser verwirrt zurück, wann welche Belastungen denn konkret auf wen zukommen werden. Bei den sozialen Wohltaten ist es etwas leichter, nimmt man nur die zentralen Eckwerte wie Höhe des Mindestlohns, der Mindestsicherung oder der Mindestrente.

Die strategischen Handlungsoptionen der Linken haben sich sicherlich dadurch erweitert, dass Oskar Lafontaine dem nächsten Bundestag nicht angehören wird. Das würde zumindest den Einstieg in eine Regierung erleichtern. Die früher intensiv diskutierten „roten Haltelinien“ sind weitgehend verschwunden und kommen nur noch abgeschwächt vor. Mit den von Lafontaine eingebrachten roten Haltelinien hatte die Linke unverrückbare Bedingungen für einen Koalitionseintritt gestellt. Über Koalitionen äußert sich die Linke im Wahlprogramm nicht konkret, was bedeutet, dass sie diese nicht ablehnt. Gelegentlich formuliert sie jedoch Bedingungen für einen Regierungseintritt. Doch zeigt ein großer Teil der Parteielite ein lebhaftes Interesse an der Machtteilhabe. Von den „üblichen“ Verdächtigen (z. B. der Kommunistischen Plattform) gab es keine Widersprüche. Um auch die radikaleren Teile der Partei einzubinden, die einer Regierungsbeteiligung ablehnend gegenüber stehen, hat die Linke am Ende des Wahlprogramms noch mal alle wichtigen Schlagworte eingeflochten: außerparlamentarisch, Widerstand und radikal.

Es gibt viele Schnittmengen zwischen SPD, den Grünen und der Linken und in Kernpunkten gibt es zumindest eine Verhandlungsbasis (Einkommenssteuererhöhung, Vermögensbesteuerung, Erbschaftssteuer, Mindestrente, Anhebung Hartz IV, Mindestlohn, Bürgerversicherung, Finanztransaktionssteuer). Daher heißt es auch sibyllinisch: „Alle großen Veränderungen beginnen mit ersten, entschlossenen Schritten“.

Unter der Führung von Oskar Lafontaine galt in der Partei die „Stöckchentheorie“, nach der man die Stöckchen für den potentiellen Koalitionspartner SPD so hoch hielt, dass sich die Frage des Überspringens nicht mehr stellte. Dieses Dogma ist in der Form nicht mehr

⁸ „Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität gesichert ist“. Diese unbestimmten Eingriffsvorbehalte sind typisch für die Linke. Die Freiheit wird nicht gewährt, sondern kontrolliert und es muss immer eine höhere Instanz geben, welche dann befundet, dass z.B. bei den Medien „Pluralität“ gewährleistet ist, was im Übrigen dem GG massiv widerspricht, da Medien grundsätzlich frei sind.

zu sehen⁹.

Doch gibt es auch einige inhaltliche Felder, bei denen Koalitionsverhandlungen durchaus ins Stocken geraten könnten. Vor allem sind dies das Füllhorn sozialpolitischer Wohltaten, die massive Umverteilung, die Abschaffung von Hartz-IV und die grundsätzliche Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Linke wehrt sich gegen jegliche Form der außenpolitischen Intervention, da sie immer nur geostrategischen Interessen untergeordnet sei. Auch menschenrechtliche Aspekte lässt sie nicht gelten.

Schwierig ist die so genannte Euro-Debatte einzuordnen, die eigentlich keine war. Genau genommen geht es um zwei mediale Äußerungen Oskar Lafontaines und eines Statements von Sahra Wagenknecht. Den Euro will die Linke auf jeden Fall nicht abschaffen. Das stand von Anfang an nicht zur Debatte. Da Lafontaine sich in die politische Provinz zurückgezogen hat, es für die Linke aber aus wahlstrategischen Gründen wichtig ist, dass er im Westen der Linken zugeordnet wird, dürften seine Äußerungen nicht völlig unwillkommen sein.

Zentrale Forderungen der Linken: Den Reichen nehmen, den Armen geben und staatlich vor privat

Die Linke setzt – erwartungsgemäß – auf eine stärkere Umverteilung von oben nach unten. Damit bleibt sie im Wesentlichen früheren Forderungen treu. Doch ergeben sich im Detail interessante Verschiebungen. Während die Linke (und früher die PDS) vor allem den Dualismus zwischen reich und arm bediente, taucht jetzt auch die Gruppe der „Wohlhabenden“ auf („Es ist nur gerecht, zur Finanzierung dieser Maßnahmen diejenigen sehr viel stärker heranzuziehen, die wohlhabend und reich sind“). Die Lasten sollen von den Reichen, den Millionären und den Unternehmen getragen werden. Insofern hat die Linke ihre polarisierte Wahrnehmung der Gesellschaft beibehalten in der es nur arm und reich gibt. Die meisten Forderungen stehen in einer gewissen Kontinuität. Im Umfang ist die massive Besteuerung von Privat- und Betriebsvermögen neu.

Generell ist es schwierig zu schätzen, welche Effekte von den einzelnen steuerpolitischen Maßnahmen ausgehen würden, würden sie verwirklicht.¹⁰ Die Linke spricht davon, dass durch ihre Pläne Mehreinnahmen von 180 Milliarden Euro generiert werden könnten und

⁹ Eine der Ausnahmen: „DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert.“

¹⁰Vgl. eine Studie des RWI über die Einkommenssteuerpläne der Bundestagsparteien, <http://www.rwi-essen.de/presse/mitteilung/116/> (Abruf 5.6.2013).

ihre Forderungen damit gegenfinanziert seien. Die zusätzlichen 300 Milliarden aus der Vermögensabgabe würden zur „Rückführung der Staatsschulden“ verwendet. Bislang ist die Linke jedoch den Beweis schuldig geblieben, dass Volkswirtschaften solche massiven Eingriffe ausgleichen können. Gysi gab in seiner Rede zu, dass zumindest der Export leiden würde: „Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben beenden und umkehren, wir wollen Armut bekämpfen und das verlangt, den Reichtum zu begrenzen. Wir wollen deshalb höhere Löhne, höhere Renten, höhere Sozialleistungen, nicht nur um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen, sondern auch zur Stärkung der Binnenwirtschaft, schon weil sich der Export abbauen wird.“

Das Wahlprogramm der Linken liest sich in vielen Bereichen als wäre sie in einen Überbietungswettbewerb mit anderen Parteien, aber auch den Gewerkschaften, eingetreten. So fordert sie in allen Punkten wesentlich höhere Sätze als SPD und Grüne. Während SPD, Grüne aber auch die Gewerkschaften¹¹ einen Mindestlohn von 8,50 Euro fordern, möchte die Linke 10 Euro und bis zum der nächsten Legislaturperiode 12 Euro erreichen. Bei der Einkommenssteuer sieht die Linke 53 Prozent ab einem Einkommen von 65.000 Euro vor. Die SPD plant 49 Prozent ab 100.000 Euro und die Grünen 49 Prozent ab 80.000. Allerdings soll der Grundfreibetrag ca. 1.000 Euro über dem derzeitigen liegen.¹²

Deutlich über den Zielen von SPD und Grünen liegen auch die Forderungen für Mindestrente und Hartz-IV-Sätze. Während SPD und Grüne 850 Euro anvisieren, möchte die Linke auf einen Satz von 1.050 Euro kommen und das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben.

Nicht ganz eindeutig sind die Forderungen zu Hart IV. Die Hartz IV-Sätze sollen auf 500 Euro erhöht werden. Hartz IV soll zudem „bedarfsgerecht“ und „sanktionsfrei“ sein. Gleichmaßen soll es überhaupt kein geringeres Einkommen sowie eine Mindestsicherung als 1.050 Euro geben. Hier tun sich gewisse Widersprüche auf. Wenn die Sanktionen bei Hartz IV wegfallen würden, käme man recht automatisch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jedem Bürger zustünde. Hier widerspricht jedoch der Gewerkschafterflügel hart. Daher hat die Linke – wie bereits bei ihrem Grundsatzprogramm – hinzugefügt, dass man nicht einer Meinung sei („Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert.“). Also: die Linke spricht sich nicht für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, fordert aber für jeden mindestens 1.050 Euro.

Im Rahmen einer „Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung“ sollen alle mit

¹¹ <http://www.mindestlohn.de>, DGB-Seite, (Abruf am 4.6.2013)

„allen Einkommensarten solidarisch“ einzahlen. Die private Krankenversicherung wird damit abgeschafft (bis auf Zusatzversicherungen). Insgesamt rechnet die Linke, dass der Beitragssatz „auf Jahre konstant bei etwas über 10 Prozent des Einkommens“ liegen würde. Die Beitragsbemessungsgrenze¹³ soll vollkommen abgeschafft werden. Hierin unterscheiden sich die Vorstellungen der Linken fundamental von SPD und Grünen.

Verzwickelt sind auch die anderen Forderungen der Linken, da man beim besten Willen nicht mehr feststellen kann, wann welche Umverteilungsmaßnahme greift. Zunächst sollen Einkommen auf „knapp eine halbe Million Euro im Jahr“ begrenzt¹⁴ werden. Auch wenn das dem Programm nicht klar zu entnehmen ist, scheint die Linke damit Erwerbsarbeit zu meinen. Auf dieses höchste Einkommen wären 10,5¹⁵ Prozent auf die Krankenversicherung abzuführen nebst einer Restbesteuerung von 53 Prozent. Danach wäre auch ein recht stattliches Einkommen auf ein übersichtlicheres Maß reduziert.¹⁶ Würde die Linke im bisherigen Steuersystem verbleiben, wäre der Höchststeuersatz erst ab jedem Euro über 65.000 fällig. Dieser Beitrag würde paritätisch zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen, wenn das Einkommen nicht auf selbständiger Arbeit beruht.

Zudem ist die Linke der Ansicht, dass Einkommen über einer Million Euro mit 75 Prozent besteuert werden sollen (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge). Wenn ein Einkommen (z.B. aus Immobilien- oder Aktienbesitz, da das Arbeitseinkommen auf maximal 500.000 Euro beschränkt werden soll) eine Million Euro überschreiten würde, und ein Teil des Einkommens in Vermögen umgewandelt wird, würden noch Vermögenssteuer und die Vermögensabgabe hinzukommen.

Verwirrung stiftet die Linke mit weiteren Eingriffen in das Vermögen, der Vermögenssteuer.¹⁷ Die „erste Million des Vermögens“ soll steuerfrei bleiben, danach soll ein Steuersatz von 5 Prozent erhoben werden. Bei „betriebsnotwendigem“ Vermögen liegt die Freigrenze bei fünf Millionen Euro. Allerdings bleibt unklar ob, die Vermögenssteuer nach oder vor der „Vermögensabgabe“ erfolgen soll. Als einmalige Vermögensabgabe will sie ab einem Freibetrag von einer (Betriebe zwei) Millionen Euro 10 Prozent abführen.¹⁸

¹² Ab dem 1.1.2014 beträgt der Grundfreibetrag 8.354 Euro. Die Linke möchte den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen.

¹³ Die Grünen möchten die Beitragsbemessungsgrenze auf 5.800 Euro anheben. Die SPD plant die aktuelle Beitragsbemessungsgrenze von 3.937,50 Euro beizubehalten.

¹⁴ Berechnungsbasis: „40-mal so viel“ [...] „wie das gesellschaftliche Minimum“. Nach meiner Berechnung nach der Einführung der Mindestsicherung von 1.050 Euro.

¹⁵ Die Linke spricht von ca. 10 Prozent und von jeweils 5,25 Prozent für Arbeitgeber und -nehmer.

¹⁶ Der erhöhte Freibetrag hätte kaum Auswirkungen auf die gesamt zu zahlenden Abgaben.

¹⁷ Die Grünen planen eine Vermögensabgabe von 1,5 Prozent auf Nettovermögen von mehr als einer Million Euro. Diese soll nach zehn Jahren in eine Vermögenssteuer umgewidmet werden. Die SPD möchte Vermögen mit einem Prozent (Freibetrag zwei Millionen Euro) belasten.

¹⁸ Die Vermögensabgabe steigt progressiv an: Ab 10 Millionen Euro beträgt sie 20 Prozent; 30 Prozent bei 100 Millionen Euro.

Fasst man nur die Maßnahmen die auf Unternehmen zukämen zusammen so sähe es etwa folgendermaßen aus. Im ersten Jahr der Regierung der Linken wären ca. 15 Prozent vom Betriebs- und Privatvermögen zu zahlen. Die Körperschaftssteuer¹⁹ würde auf 25 Prozent angehoben (+10 Punkte). Für jeden Arbeitnehmer wären pro Stunde 10 (und dann später 12) Euro zu entrichten. Da würde das Überleben nicht nur für kleinere Unternehmen schwierig. Zumindest gibt die Linke an, mit welchen Mehreinnahmen sie aus einigen ihrer Maßnahmen rechnet: Die (einmalige) Vermögensabgabe fließt mit 300 Milliarden Euro, die Körperschaftssteuer mit 35 Milliarden Euro und die Änderungen der Gewerbesteuer mit 15 Milliarden in die Umverteilungspläne ein. Im besten Fall würde damit der Spielraum für Unternehmen eingeschränkt, im schlechtesten Fall kann eine Substanzbesteuerung auch zur Insolvenz – mit alle ihren Konsequenzen – führen. Warum Gysi in seiner Rede sagte, er will nicht dass man glaube, die Linke würde die „betriebliche Substanz besteuern“ ist zwar nachvollziehbar, da dies die Wahlchancen senken würde, aber dem Wahlprogramm entspricht dies nicht.

Bei der Erbschaftssteuer legt sich die Linke nicht fest²⁰ und benutzt unbestimmte Rechtsbegriffe wie „normales selbstgenutztes Wohneigentum und sonstige kleinere Immobilien“. Demnach unterliegen wohl alle anderen Formen des Erbens (mit oder ohne Freibetrag) einer Steuer. Explizit will die Linke Begünstigungen von „Unternehmenserben“²¹ abschaffen. Auch wenn völlig offen bleibt wie sie die Erbschaftssteuer gestalten will, ist sie mit 7 Milliarden Euro in das Konzept der Gegenfinanzierung der sozialen Wohltaten eingeflossen.

Am besten man macht sich über all die Eingriffe keine Gedanken, ist nicht selbständig tätig, hat nicht für die Rente privat vorgesorgt und achtet (ohne Erbschaften) darauf, nicht mehr als 65.000 Euro an Einkommen pro Jahr zu erzielen und keine Vermögenswerte anzuhäufen, die in die Nähe der Ein-Millionen-Euro-Grenze kommen, was allerdings nach all den Eingriffen in Vermögenswerte auch ambitioniert sein dürfte. Zumindest scheinen weder verfassungsrechtliche Schranken²² noch das Scheitern des französischen Versuchs massiver Vermögenseingriffe, die Partei bei der Zukunftsplanung beeindruckt oder belastet haben.

¹⁹ Die Körperschaftssteuer wird auch von Genossenschaften und Vereinen (außer mildtätigen, kirchlichen oder gemeinnützigen) bezahlt.

²⁰ In ihrem ersten Diskussionsentwurf vom 25. Januar 2013 wurden noch Freibeträge genannt, die jedoch deutlich unter den derzeit gültigen liegen. Als maximalen Freibetrag nennt die Linke 300.000 Euro.

²¹ <http://www.finanztip.de/recht/steuerrecht/erbschaftsteuer-betriebsvermoegen.htm> (Abruf 4.6.2013)

²² „Vermögenssteuer unzulässig. Verfassungsrechtler zerpfückt Pläne der Opposition“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 2013. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, dass Vermögensabgaben im Grundgesetz für

Weitere Positionen

Für die Linke ist zwar generell die Umverteilung das Hauptanliegen, doch möchte sie die Gesellschaft langfristig in eine sozialistische transformieren. Der umfassende Umgestaltungswille lässt keine Nische mehr frei, in welche die Linke nicht regulierend eingreifen möchte.

Einige Forderungen laden mindestens zum Schmunzeln ein und lassen letztlich auch Zweifel an der Seriosität der Partei aufkommen. Die Linke kritisiert, dass Arbeit zu Stress und Erschöpfung führen könne. Daher soll die Arbeitszeit (bei vollem Lohn- und Personalausgleich) längerfristig auf 30-Stunden reduziert werden. Ohne Mehrheit blieb der Gedanke einiger Hamburger Delegierten das „Recht auf Feierabend“ eher als Recht auf „Freizeitrevolution“ zu interpretieren, sodass nach aktueller Beschlusslage die Möglichkeit besteht, die neu gewonnene Freizeit „selbstbestimmt“ zu nutzen. Allerdings ist sie der Ansicht, dass die Menschen damit mehr Zeit zur „demokratischen Gestaltung der Gesellschaft“ hätten. Die verbliebene Arbeitszeit sollen die Beschäftigten zudem in „Bezug auf die Arbeitszeit und die Gestaltung der Arbeit“ (natürlich ohne „Überbelastungen“) recht eigenhändig bestimmen können. Da sie den Grundgedanken der sozialdemokratischen Reformen (Fordern und Fördern) grundsätzlich ablehnt, gibt es auch keine Sanktionen für den Bezug der von der Gemeinschaft finanzierten Sozialleistungen. Warum sie sagt, dass sie sich noch nicht vollends für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ entschieden habe, bleibt in der realen Konsequenz ihrer Forderungen unklar.

Für ein paar reichlich absurde Forderungen, die den vielfältigen Strömungen der Partei Rechnung tragen, gibt es auch Raum: Es soll einen „entgeltfreien“ öffentlichen Nahverkehr, freien Zugang zu kulturellen Einrichtungen und der Möglichkeit der Freizeitgestaltung geben, in der Hürden wie „Eintrittspreise, teure Ausstattung und Zubehör, die für Sport und Hobbys benötigt würden“ abgebaut sind. Auch auf Urlaub muss keiner mehr verzichten. Die Linke möchte, dass die Bundesregierung „mehr Mittel für sozialen, barrierefreien Tourismus“ bereitstellt und den „Landtourismus“ ausbaut.

Auch das Studium soll „repressionsfrei“ werden und zu einem „kritischen“ Studieren führen und jedem die Möglichkeit zum Studium einräumen (ohne lästige Prozeduren wie „NC, Auswahlgespräche, IQ-Tests oder Bewerbungsgespräche“).

Statt freier Forschung (wie in Artikel 5 GG garantiert) definiert die Linke Forschung im

die Bewältigung von Kriegsfolgen vorgesehen seien und eine vergleichbare notstandartige Situation nicht bestehe.

Sinn sozialistischer Nützlichkeit völlig um: „Wissenschaft hat eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft. Sie ist mit Kritik und Analyse von Herrschaft und Ausbeutung, von gesellschaftlichen und sozialen Missständen und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung für soziale Bewegungen und linke Politik von zentraler Bedeutung.“

Die Linke traut generell dem Staat und nicht dem Markt. Zu den traditionellen Forderungen gehört die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS). Im Unterschied zum Markt würden könnte so „sinnvolle“ Arbeitsplätze entstehen. Zudem würde er zur Reduzierung der „Massenerwerbslosigkeit“ beitragen. Auch dies ist ein Bereich, der sich in allen Programmen der Linken/PDS findet, unabhängig wie viele Menschen tatsächlich arbeitslos sind. An solchen Äußerungen merkt man, dass zum Standardrepertoire der Linken unverrückbare Wahrheiten gehören.

Die Reden

Die Reden der beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger, wurden recht verhalten aufgenommen. Gregor Gysi hat zwar erwartungsgemäß mehr Emotionen geweckt, doch hat er sich so klar in die Parteidisziplin eingeordnet, dass er in seiner Rede lediglich die wesentlichen Punkte des Wahlprogramms aufgezählt hat.

Bernd Riexinger

Riexinger, der sich ein wenig wie ein Gewerkschaftsagitator der alten Schule anhört, hat sich vor allem an der SPD und der letzten rot-grünen Koalition abgearbeitet.

„Es war ausgerechnet eine rot-grüne Regierung, die die Türen des Käfigs aufgebrochen hat. Es waren SPD und Grüne, die das kapitalistische Raubtier in die freie Wildbahn entlassen haben. Der Schlüssel dazu war die Agenda 2010. [...] Wie kann man als Sozialdemokrat stolz darauf sein, Millionen Menschen in die Armut geschickt zu haben? Wie kann man stolz darauf sein, dass sich Millionen Menschen vor den Jobcentern buchstäblich nackt ausziehen müssen und wie kann man stolz darauf sein, dass Millionen von ihrer Arbeit nicht leben können? Darauf kann man nicht stolz sein, dafür muss man sich schämen. [...] Es ist die hirnlose und kindische Abgrenzungspolitik nach links, die die SPD seit Jahren betreibt.“

Im Tenor setzt er trotz aller Kritik jedoch auf eine rot-rot-grüne-Koalition: „Kein Mensch glaubt doch, dass sie die sozialen Teile ihres Programms mit irgendeiner Partei außer der Linken umsetzen kann. Wer glaubt denn, dass die SPD mit der CDU die Reichensteuern

erhöht, mit den Grünen die Rente ab 67 stoppt oder mit der FDP einen Mindestlohn einführt.“

Um innerparteiliche Diskussionen nicht aufflammen zu lassen, hat er Bezug auf ein Interview genommen, das er gemeinsam mit Kipping gab: „Das "Hamburger Abendblatt" hat uns in einem Interview gefragt, Frau Kipping, Herr Riexinger, mit ihnen, mit der LINKEN will doch sowieso niemand regieren, und sie wollen doch auch nicht. Dann haben wir etwas flapsig aber ich finde ganz korrekt gesagt: Wie kommen Sie darauf? Wenn jemand mit uns Löhne vereinbart, von denen die Menschen leben können, wenn jemand mit uns Renten vereinbart, die den Lebensstandard im Alter sichern und die Menschen nicht in die Armut schicken, wenn jemand mit uns das Hartz-IV-System abschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt, wenn jemand, um das alles zu finanzieren, umverteilt, damit Reiche und Vermögende bezahlen müssen und wenn jemand mit uns Friedenspolitik macht, dann sind wir dabei. Dann sagen viele, aber Herr Riexinger, das wissen Sie doch ganz genau. Da können die Anderen doch gar nicht mitmachen. Die Latte, die Sie da legen, ist doch viel zu hoch. Da müssen wir mal ernsthaft diskutieren, was das bedeutet. Es geht hier nämlich um nichts anderes als um Selbstverständlichkeiten.“

Interessanterweise nimmt er nur Bezug auf den Wahlkampf, wenn es um Koalitionen geht, wobei niemand der Linken vorgeworfen hat einen Koalitionswahlkampf zu führen. Dies ist ja auch gewissermaßen dadurch erschwert, dass Rot-Grün bislang eine gemeinsame Regierung ablehnen. „Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss etwas zur permanenten Koalitionsdebatte sagen: Wir bereiten uns definitiv nicht auf einen Koalitionswahlkampf vor.“

Wenig überraschend macht er auch an der Union, genau genommen an Angela Merkel, Kritik fest: „Frau Merkel erzählt bei jedem öffentlichen Auftritt, unser Land wäre gut durch die Krise gekommen. Das gilt sicher für die Banker und die Manager der DAX-Unternehmen – die Boni-Millionäre. Aber für Millionen Menschen gilt das nicht. Sie sind nicht gut durch die Krise gekommen.“

Katja Kipping

Die Parteivorsitzende verfügt schon immer über die Fähigkeit marxistisch ideologische Schlüsselbegriffe in ihre Reden zu integrieren. Obwohl sie erst 35 Jahre alt ist, kann sie so auch die SED-Generation emotional ansprechen und integrieren. „Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung ist auch ein Kampf um Verfügungsgewalt – nämlich der Verfügungsgewalt über die eigene Lebenszeit und Lebenszeit ist eine der kostbarsten

Ressourcen. [...] Es geht bei Prekarität nicht nur um ökonomische Ausbeutung, es geht um eine neue Herrschaftsform, die unser Leben bestimmt. Es geht um Disziplinierung!“ Selbst der Fußball wird der marxistischen Ideologie untergeordnet: „Ich finde jedoch, Fußball ist auch eine Frage des Klassenstandpunktes.“²³

Kipping nahm sich aus einer kommunistischen Perspektive den „historischen“ Verfehlungen der SPD an. Sie verfolgt auch hier eine orthodoxe Argumentationslinie: „Die SPD nun nahm dieses Datum zum Anlass für eine pompöse Feier mit großem Orchester. Dass es dort allein um Selbstlob ging, war ja zu erwarten. Was mich aber dann richtig aufbrachte, waren die Ausführungen zur Geschichte. Wiederholt hat die SPD dort unterstrichen, dass die Sozialdemokraten 1933 als einzige gegen die Ermächtigungsgesetze gestimmt haben. Kein Wort, kein Hinweis darauf, dass die Kommunisten zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr abstimmen konnten, weil sie bereits von den Nazis ausgesperrt aus dem Reichstag oder eingesperrt in KZ's waren. Wenn man sich selbst als einzigen Vertreter des antifaschistischen Widerstandes bezeichnet, dann ist das Verschweigen der Kommunisten ein bewusstes Auslassen. Und ich finde, wer so bewusst wichtige Teile des antifaschistischen Widerstandes auslässt, vertritt seinen Alleinvertretungsanspruch auf höchst unredliche Art und Weise.“

Kipping hat vor allem die Grünen kritisiert und damit ein „Alleinstellungsmerkmal“ der Linken betont, das im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik mit allen anderen Parteien kaum kompatibel sein dürfte: „Und ich finde, gerade weil mir die Menschenrechte so wichtig sind, darf man den Grünen nicht durchgehen lassen: ein Kriegseinsatz mit Menschenrechten zu begründen. Bei diesen Kriegen geht es nicht um Menschenrechte, sondern um handfeste ökonomische oder geostrategische Interessen. Krieg ist eine auf Dauer gestellte Menschenrechtsverletzung und dazu sagen wir dazu konsequent NEIN!“ [...] „Während Außenminister Westerwelle im Libyenkonflikt besonnen agierte, forderten die Grünen einen Kriegseinsatz. Beim politischen Farbwechsel der Grünen von grün zu olivgrün kann man wirklich froh sein, dass keiner von denen den Außenminister stellt.“

Kipping beschwert sich zudem, dass Rot und Grün bislang eine Kooperation mit der Linken ausschließen. Gleichmaßen warnt sie vor einer möglichen schwarz-grünen-Koalition, ohne zu vergessen, darauf hinzuweisen, dass der Politikwechsel nur mit der Linken möglich sei: „Nun hat die SPD und die Grünen jegliche Zusammenarbeit mit uns ausgeschlossen. Aber mit der Union gibt es niemals höhere Reichensteuern; mit der FDP keinen Mindestlohn; mit den Grünen wird es kein Abrücken von der Rente erst ab 67.“

²³ Gysi griff das Thema auf und hat den 1. FC Union Berlin vereinnahmt. Da dieser sich explizit gegen den „Stasi-Verein“ BFC Dynamo Berlin aufgestellt hat, könnte Union Berlin hier geteilter Auffassung sein.

Insofern stellt sich doch die Frage, wie glaubwürdig ist also der rhetorische Linksschwenk der SPD? Und das wissen wir doch von Rot-Grün: Entscheidend ist nicht was auf dem Papier steht, sondern entscheidend ist, was nach dem Wahltag passiert. Steinbrück beruhigt schon mal beim Dinner Unternehmen, nichts werde so heiß gegessen, wie auf dem Parteitag gekocht. In Baden-Württemberg läuft Winfried Kretschmann rum und entschuldigt sich bei den Unternehmerverbänden für die Beschlüsse seine Partei. Das ist doch bezeichnend. Wusstet Ihr, dass Schwarz-Grün gerade in den Umfragen nach der Großen Koalition die stabilste Zweiervariante ist? Mit einer satten Mehrheit – im Gegensatz zu Schwarz-Gelb, im Gegensatz zu Rot-Grün. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum die Grünen diese Koalition, diese Option nicht ausschließen. Das ist ganz klar, sie wollen sich diese Option offen halten. Und in Frankfurt am Main ist Schwarz-Grün schon lange Realität. Da wird die Räumung besetzter Häuser und Kulturprojekte kritiklos mitgetragen. Die Gefahr ist mehr als real: Wer grün wählt, hält am Ende die CDU an der Macht.“

Gregor Gysi

Gregor Gysi hat 21 Thesen verkündet. Dabei handelt es genau genommen um Forderungen, die er an eine gemeinsame Regierungskoalition mit Rot-Grün stellt. Dies sieht zwar auf den ersten Blick nach einem etwas verfrühten Start von Koalitionsverhandlungen aus, doch das spannende ist, dass die Linke damit eindeutig eine Regierungsteilnahme vorbereitet. Während die Linke sonst gerne von den Aufgaben der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition schwärmt und wie man in der Opposition die Regierenden vor sich hertreibe, scheint Gysi nun die Linke hinter dem Münterferingschen Motto „Opposition ist Mist“ vereinen zu wollen.

Rhetorisch geschickt sprach er auch dem „Kapitalismus“ das ein oder andere gute Moment zu, um diesen dann natürlich aus sozialistischer Perspektive zu verdammen. Aus klassisch orthodox-kommunistischer Betrachtungsweise, habe der Kapitalismus auch Hitler und Pinochet hervorgebracht. Überhaupt Geschichte. Die 150jährige Geschichte der SPD wird auch von Gysi thematisiert. Er spricht von „großen Leistungen“ und von „schwerwiegendem Versagen“. Dann würdigt er den „tapferen und aufopferungsvollen Kampf“ der Kommunisten gegen den Nationalsozialismus, wobei er die Kommunisten als Linke und den Nationalsozialismus als Nazis tituliert. Dass Gysi ausgerechnet die Vorwürfe der Traditionskommunisten gegenüber den Sozialdemokraten formuliert, könnte der strategischen Tatsache geschuldet sein, dass er damit in Teilen der Partei vorhandene Widerstände abflacht.

Dann äußert er sich zum Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus. Er beginnt zwar

mit einigen positiven Grundaussagen zum Kapitalismus, dann kommt aber – klassisch dialektisch – die Aufzählung der üblichen „Defizite“: („Weil der Kapitalismus Kriege verursacht, von Kriegen lebt, und schon so lange so viel an Kriegen verdient wird. Letztlich stecken hinter jedem Krieg ökonomische Interessen. Das bin ich leid, deshalb will ich einen demokratischen Sozialismus. Weil der Kapitalismus keine sozial Gerechtigkeit herstellt, er tendiert immer dazu, den Reichtum in wenigen Händen zu konzentrieren und die Armut zu verbreiten. Weil der Kapitalismus keine ökologische Nachhaltigkeit herstellen kann, weil es auf unserer Erde jährlich etwa 70 Millionen Tote gibt, davon sterben im Jahr 18 Millionen Menschen an Hunger. Obwohl wir eine Landwirtschaft haben, die die Menschheit zweimal ernähren könnte, sterben 18 Millionen Menschen an Hunger. Warum ist der Kapitalismus nicht in der Lage, wenigstens die Menschheit zu ernähren – ich verstehe es nicht. Und deshalb wollen wir die Gesellschaft transformieren hin zu einem demokratischen Sozialismus.“) Auch dies ist im Sinne einer Appeasementpolitik zu bewerten.

Immerhin räumt Gysi auch ein, dass die angedachten Umverteilungen auch negative Auswirkungen haben könnten, da sich der Export „natürlich abbauen würde“.

Auch wenn er behauptet, die anderen Parteien hätten NUR durch die Linke das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ aufgegriffen, greift er die Begrifflichkeit der Union auf. Die Politik der Linken sei für die „Mitte der Gesellschaft“.

Dass die Umverteilung „nur“ private Vermögen treffen würde und nicht die Unternehmenssubstanz, ist jedoch aus dem Wahlprogramm nicht zu schließen.